



GEWALT GEGEN POLIZEI

Gewalt gegen Polizisten nimmt dramatisch zu

Eutin/tgr – Erschreckende, ja geradezu alarmierende Zahlen brachte die von der GdP unterstützte, bundesweit einmalige Studie des Kriminologischen Forschungsinstitutes Niedersachsen ans Licht. Danach sind auch die Polizisten im Bundesland zwischen Nord- und Ostsee im dienstlichen Alltag immer gefährdeter. So sind die Gewaltübergriffe gegen Polizeibeamtinnen und -beamte in den Jahren von 2005 bis 2009 stets angestiegen – und die Gewalt selbst ist härter und deren Formen vielfältiger geworden. Darauf wies der GdP-Landesvorsitzende Oliver Malchow in einem NDR-Interview hin.

Trend macht der GdP Sorge

„Und der Trend setzte sich leider fort und macht der GdP Sorge“, berichtete Oliver Malchow. „In Schleswig-Holstein hat es im Jahr 2010 etwa 1000 Übergriffe auf Polizisten gegeben, während es drei Jahre vorher noch 396 waren. Das sind nach Angaben des GdP-Landesvorsitzenden 20 pro Woche beziehungsweise drei am Tag. Dabei wurden 282 Beamtinnen und Beamte verletzt. Dabei unterstrich Malchow die Erkenntnisse der Studie,

die, wonach vor allem der polizeiliche Einsatz bei Familienstreitigkeiten am Wochenende besonders gefährlich sei. „Und dies, obwohl die Kolleginnen und Kollegen sogar meist gerufen werden, um einen internen Streit zu schlichten. Sie werden dann leider oft nichtsahnend das Ziel gewalttätiger Angriffe der Kontrahenten“, berichtete Oliver Malchow. Die Folge der Gewaltzunahme: Jeder zehnte Beamte in Schleswig-Holstein ist laut Studie in den letzten Jahren durch Gewalttaten bereits dienstunfähig geworden. Nach Angaben Oliver Malchows sind dies fünf bis sechs Fälle pro Woche. „Heutzutage ist es so, dass neben den Beleidigungen, die ebenfalls zugenommen haben, die Kolleginnen und Kollegen auch zunehmend Bedrohungen erleben und Körperverletzungen erleiden. Und die Zahl der Angriffe mit Waffen steigt



Der GdP-Landesvorsitzende im Gespräch mit NDR-Reporter Jörg Wilhelmy. Foto: Thomas Gründemann

ebenso, wobei diese Waffen häufig auch gezielt gegen die Polizei eingesetzt werden. Und auch die Erkenntnis der Studie, dass die Beamten in Schleswig-Holstein besser auf die Situation vorbereitet seien als viele anderen Polizisten im Bund, bestätigte der GdP-Landesvorsitzende. „Die Schutzausrüstung und ebenso die trainierende Vorbereitung auf gewalttätig verlaufende „Routine-Einsätze“ ist vergleichsweise gut.

Thomas Gründemann

-Party

am Sonnabend,
12. November 2011,
19.30 Uhr, Brauhaus Eutin.

Eine Party, auf der Menschen zusammenkommen, die berufsmäßig und ehrenamtlich tagtäglich rund um die Uhr für den Bürger im Einsatz sind.

Eingeladen sind alle haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter aus Eutin und Umgebung sowie deren Partner/-in von Polizei, Feuerwehr, THW, Rettungsdienst, RLS, Sana-Klinik, Zoll, Ameos-Neustadt, ambulante Pflegedienste, Fa. Belter, Stadt Eutin, Gesundheitsamt, DLRG, Rettungshundestaffel und Christoph 12. Für die Musik sorgt das Ostholstein DJ Team. Vorkasse: 3 Euro (im Brauhaus Eutin). Abendkasse: 4 Euro. Der Erlös wird für einen guten Zweck gespendet.

GLÜCKWÜNSCHE

Wir gratulieren

zur Beförderung zum Kriminalhauptkommissar A 12 (rückwirkend zum 1. 1. 2011)

Werner Boyn, RG Steinburg-Dithmarschen

zum 40-jährigen Dienstjubiläum

Frank Brassat, RG Lübeck-Ostholstein

zum 25-jährigen Dienstjubiläum

Regina Plötz, Andre Wagner, RG Kiel-Plön; Holger Lietz, Rainer Neubert, Thomas Thormann, RG Lübeck-Ostholstein; Jens Albert, RG Schleswig-Flensburg

zur Goldenen Hochzeit

Joachim Hoffmann und Ehefrau, RG Nordfriesland

zur Vermählung

Volker Schneider und Ehefrau, RG Steinburg-Dithmarschen

In den Ruhestand traten

Peter Mangold, RG Kiel-Plön; Jochen Harder, Peter Weidt, RG Lübeck-Ostholstein, Udo Flint, RG Schleswig-Flensburg

Wir bitten alle Kolleginnen und Kollegen um Verständnis, dass wir nur diejenigen namentlich erwähnen konnten, die uns vor Redaktionsschluss von ihrer Regionalgruppe genannt wurden.



„Augen zu und nur nicht aufgeben“

Eutin – Beim „Tag der offenen Tür“ in der PD AFB Eutin im September wurde ein „Polizei-Jubiläum“ besonders gewürdigt: Seit nunmehr einem Vierteljahrhundert „stehen auch Frauen bei der Schutzpolizei ihren Mann“. So erinnerte auch Innenminister Klaus Schlie in seiner Rede an den seinerzeit spektakulären Einzug des weiblichen Geschlechts bei den polizeilichen Uniformträgern.

1986 seien es gerade 27 junge Frauen gewesen, die ihre Ausbildung bei der Schutzpolizei aufgenommen hätten. Die Veränderung sei etwas Besonderes gewesen, da bis dahin die uniformierte Polizei als Staatsgewalt zugleich Synonym für Männlichkeit gestanden habe. „Es war

geradezu eine klassische, lupenreine Männerbastion“, sagte der Innenminister rückblickend. Es habe viel an Mut und Kraft bedurft, diese Veränderungen nach Innen und Außen zu gestalten. Aber auch Toleranz und Akzeptanz seien dazu seither gefragt gewesen, da es viele Befürchtungen und Vorurteile abzubauen galt. „Die Landespolizei hat diesen Wandel mit nachhaltigem Erfolg bewältigt“, unterstrich Klaus Schlie. Unterschiedliche Fähigkeiten, verschiedene Denkweisen und Handlungsmuster von Frauen und Männern bereicherten den polizeilichen Alltag und damit die Gesellschaft. So befanden sich auch unter den 170 vereidigten Dienstanfängern 50 Frauen. Dennoch bleibe auch noch vieles zu tun, gab der Minister zu bedenken. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf habe dabei eine besondere Bedeutung. Die Worte des obersten Dienstherrn der Polizei dürften auch Anja Keller und Inka Bruhn gefallen haben. Beide gehörten 1986 zum Einstellungsjahrgang und zählen damit zu den „Frauen der ersten Stunde in der Schutzpolizei“. Keller war seinerzeit schon 21 und gelernte Sportlehrerin, Bruhn sogar 24 und ausgebildete Verwaltungsangestellte bei der AOK, als sie sich für die Landespolizei bewarben und ausgewählt wurden. Beide begannen ihre Ausbildung zur Schutzpolizistin in der damaligen 6. Hundertschaft. Und die gemeinsamen Erinnerungen sind noch wach. Die Ausbildung sei hart und der Ton außergewöhnlich rau und militärisch gewesen. Und auch den zumeist jüngeren Auszubildenden habe man angemerkt, dass es für sie ungewohnt war, nun weibliche Auszubildende vor sich zu haben. Vor allem aber der Zusammenhalt unter den Auszubildenden habe sie aber in dieser schwierigen Phase am Beginn ihres polizeilichen Berufslebens „durchhalten“ lassen. „Der damals große Medienrummel um die ersten Frauen bei der Schutzpolizei sei enorm gewesen und habe hin und wieder bei den männlichen Auszubildenden Neidgefühle aufkommen lassen“, berichtet Keller und Bruhn. Und die sanitären Anlagen in den Unterkünften seien damals auch noch nicht ganz auf den Einzug von Frauen abgestellt gewesen. Die 27 weiblichen Auszubildenden bewohnten auf einem Flur der Hundert-

schaft zwar einen separaten Teil, hatten eigene Waschräume und Toiletten. Die Duschen hätten jedoch oft nicht ausgereicht. Beispielsweise wenn alle Auszubildenden nach einem Lauf in die Hundertschaft zurückkehrten. Nur dann gab es offenbar einen „Frauenbonus“. „Es wurden Duschzeiten vergeben. So durften wir Frauen zunächst alle Duschen der Hundertschaft nutzen und erst eine halbe



Frauen der ersten Stunde bei der Schutzpolizei in Schleswig-Holstein: Anja Keller (r.) und Inka Bruhn.

Stunde später die Männer“, berichtet Inka Bruhn lächelnd.

Zum Lachen habe es aber gerade in der Ausbildung nur selten etwas gegeben, berichtet Anja Keller. „Ich habe mehrmals das Handtuch schmeißen wollen. Denn es war spürbar, dass bei uns Frauen doch oft härtere Maßstäbe als bei den Männern angelegt wurden“, erinnert sie sich. „Beispielsweise wenn wir uns in den ersten Monaten beim Sport vor der gesamten Hundertschaft am Tau hochziehen mussten“, berichtet Inka Bruhn. Da habe es vorher zur Erwartungshaltung noch eine „besondere Ansage“ des Hundertschaftsführers an die Frauen gegeben. „Augen zu und durch, nur nicht aufgeben“, mit diesen Worten habe sie sich „in schlechten Zeiten“ immer wieder selbst Mut zugesprochen, erzählt Inka Bruhn, der es 1995 sogar als erster Frau in der Schutzpolizei gelang, vom mittleren in den gehobenen Polizeidienst aufzusteigen. Die Zeiten hätten sich aber doch erheblich geändert. „Heute sind Frauen in Uniform Normalität“, wissen die beiden Ordnungshüterinnen auch aus eigener 25-jähriger Berufserfahrung zu berichten. Dennoch würden nach wie vor an

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss der
Ausgabe 12/2011:
Donnerstag, 3. November 2011



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Schleswig-Holstein

Geschäftsstelle:
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (04 31) 1 70 91
Telefax (04 31) 1 70 92

Redaktion:
Verantwortlicher Redakteur:
Thomas Gründemann
Geschäftsführender Landesvorstand
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (04 31) 1 70 91
E-Mail: gdp-schleswig-holstein@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GmbH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33
vom 1. Januar 2011

Namentlich gekennzeichnete Beiträge
stellen nicht in jedem Fall die Meinung
der Redaktion dar.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6497



25 JAHRE FRAUEN BEI DER SCHUTZPOLIZEI

Frauen in der Polizei große Anforderungen gestellt, erläutern beide. „Selbstbewusstsein, körperliche Fitness und Lust auf einen vielfältigen, aber auch mit sehr vielen Belastungen verbundenen Beruf sind notwendig, um als Polizistin bestehen zu können“, so Keller und Bruhn übereinstimmend.

Die beiden Zeitzeuginnen begleiteten auch eine von ihren Berufskolleginnen Wiebke Büchner und Imke Kalus vorbereitete Ausstellung, in der sich interessierte Besucher anhand von Zeitungsartikeln, Bildern, Filmen und Exponaten Einblicke in die Geschichte der weiblichen Uniformträgerinnen vom Start 1986 bis in die Gegenwart verschaffen konnten.



Imke Kalus und Wiebke Büchner von der GdP-Frauengruppe präsentieren die Ausstellung. Harald Kripigans (kleines Foto) hielt einen Vortrag zum Thema.
Fotos (3): Thomas Gründemann

Am Rande der Ausstellung „25 Jahre Frauen in der Schutzpolizei des Landes SH“ ließ auch der Leitende Polizeidirektor Harald Kripigans bei einem Vortrag die wechselvolle und für die betroffenen Frauen durchaus auch problembeladene Zeit seither Revue passieren.

„Wer heute noch nicht von der Selbstverständlichkeit von Frauen auch in der Schutzpolizei überzeugt ist, erntet – zu Recht – Unverständnis. Einige ewig Gestrige gibt es noch, aber der Widerstand hat deutlich abgenommen“, konstatierte der Leitende Polizeidirektor. Frauen fühlten sich in den Beruf voll integriert, würden anerkannt und ihre Aufgaben selbstbewusst wahrnehmen. Derzeit läge der Anteil von Frauen in der Schutzpolizei bei etwa 18 Prozent und bei der Kriminalpolizei bei 24 Prozent. Damit halte die schleswig-holsteinische Landespolizei den bundesweiten Durchschnittswert. Bei einem gegenwärtigen

Anteil an Bewerberinnen und Einstellungen von Frauen bei etwa 30 bis 35 Prozent, werde der Frauenanteil nur sehr langsam zu steigern sein und die Drittelmarke nicht überschritten werden können. Der Frauenanteil auf den einzelnen Dienststellen sei zudem sehr unterschiedlich. Einige Dienststellen hätten lange und teils ungeduldig auf „ihre“ Frau warten müssen, andere hätten dagegen bereits 40 Prozent. Und auch die anfänglichen Probleme handwerklicher Art, beispielsweise der Dienstbekleidung oder der Sanitäreinrichtungen auf Dienststellen, gehörten der Vergangenheit an. Kripigans weiter: „Befürchtungen, Frauen könnten vorrangig in beehrte Innendiensttätigkeiten drängen,

haben sich nicht in dem erwarteten Ausmaß realisiert. Und dort, wo Frauen in Führungsgruppen und -stäben beschäftigt sind, sitzen sie nicht wegen ursprünglich vermuteter geringerer Belastbarkeit, sondern wegen ihrer Qualifikation. Das wird weitgehend anerkannt“, konstatierte Harald Kripigans. Und auch die Argumentationslinie

gegen Frauen in der Schutzpolizei, dass sie für diesen Beruf nicht kräftig genug seien, eher angegriffen würden und somit ein Sicherheitsrisiko für sich und andere darstellten, sei widerlegt. Dabei stütze er sich auch auf die Ergebnisse der bundesweiten Studie des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen zur Gewalt gegen Polizeibeamte. Danach gebe es keine Hinweise darauf, dass sich der inzwischen gestiegene Anteil der Frauen im Einsatzdienst problematisch auf die Arbeit der Polizei auswirke: Aufgrund der Befunde könne gefolgert werden, dass weibliche Beamte eine Bereicherung und keine Belastung für die Polizei darstellten. Soweit die Auswertung der Studie.

Jedoch sei in bestimmten Funktionen, beispielsweise für Spezialeinheiten, auch seitens der Frauen anerkannt, dass sie ohne Rücksicht auf das Geschlecht körperliche Mindestanforderungen erfüllen

müssten oder ihr Anteil eine bestimmte Größenordnung nicht überschreiten sollte. „Damit sich Frauen in diesem Beruf wohlfühlen und ihre Motivation erhalten können, muss der Blick über diese rein funktionalen Erwägungen hinausgehen“, unterstrich Harald Kripigans.

Trotz der Bemühungen der Dienststellen, den unterschiedlichen Wünschen nach Teilzeit und flexiblen Arbeitszeiten nach Möglichkeit zu entsprechen und die rechtlichen Grundlagen dazu gelegt und als akzeptiert anzusehen seien, seien die tatsächlichen Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, hier insbesondere die Kinderbetreuung von Schichtdienstleistenden oder Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit variablen Dienstzeiten, flächendeckend noch so mangelhaft, dass nicht wenige Frauen die Realisierung ihres Kinderwunsches zurückstellten oder gar aufgeben würden. „Wenn der Dienstherr ein Interesse daran hat, die Arbeitskraft von Vätern und Müttern zu nutzen, darf er die zusätzlichen Kosten für beruflich bedingte Kinderbetreuung nicht allein auf die Familien abwälzen! Das gilt insbesondere für Berufe mit hohen Anforderungen an die zeitliche Flexibilität des Personals – wie die Polizei“, stellte Kripigans fest. Damit in den Dienststellen keine personelle Unterversorgung eintrete, sei es erforderlich, dass Ersatz gestellt werde. Es gebe aber keine kurzfristig verfügbaren Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten am Arbeitsmarkt und für die Ausbildung des Nachwuchses würde ein Vorlauf von drei Jahren benötigt. Hinzu komme mindestens ein weiteres Jahr für die Hausaufstellung und das Bewerbungsverfahren. „Leider ist die Praxis der planmäßigen Schaffung einer Personalreserve durch Überhangeinstellungen in den 90er Jahren aufgegeben worden, weil die Überhangstellen nicht mehr finanziert werden konnten“, sagte Harald Kripigans. Die unweigerlich und vorhersehbar mit dem Frauenanteil zunehmende Anzahl nicht besetzter und besetzbarer Stellen werde die Dienststellen mit höherem Frauenanteil in arge Bedrängnis bringen. Teilweise sei diese Situation bereits gegeben. „Wenn es in absehbarer Zeit wieder Dienststellen und Kollegen geben sollte, die aus diesen Gründen Frauen gegenüber Vorbehalte entwickeln, soll man ihnen nicht Frauenfeindlichkeit vorwerfen“, so der Leitende Polizeidirektor weiter. Deshalb dulde die Lösung dieses Problems durch Bildung einer angemessenen Personalreserve keinen Aufschub!

Thomas Gründemann



NEUES LAUFBAHNRECHT

Ein langer Weg

KIEL – Als im März 2009 der Landtag das neue Landesbeamten-gesetz verabschiedete, wurde der Regierung auferlegt, ein neues Laufbahnrecht zu schaffen (§ 107). Nach fast dreijähriger Dauer tritt nun zum 1. Januar 2012 die Verordnung in Kraft. In ihr ist nicht viel Neues. Aber doch einiges wurde angepasst und auch redaktionell verbessert, vor allen Dingen aber Überflüssiges gestrichen und viel gestrafft. Es fehlt an der norddeutschen Abstimmung. Die Beteiligung der GdP war umfangreich. Am Rande auch ein Ärger-nis: Der längst tot geglaubte Kriminal-meister taucht auch in dem neuen Regel-werk wieder auf.

Im Wesentlichen gestalten die Laufbahnvorschriften das berufliche Voran-kommen bei Schutz-, Wasserschutz- und Kriminalpolizei. Und hier werden die bis-herigen Laufbahnen mittlerer, gehobener und höherer Dienst nun zu Laufbahngrup-pen 1 (bisher mittlerer Dienst) und 2 (bis-her gehobener und höherer Dienst). Die neuen Regeln beschreiben den Zugang, aber auch den Wechsel untereinander. Es werden körperliche Merkmale wie Min-destkörpergröße als auch sonstige Voraus-setzungen vom Schulabschluss über den Führerschein bis hin zum Nachweis des Deutschen Jugendschwimmabzeichens in Bronze normiert. Mindestens 1,60 m müs-sen Frauen sein, wenn sie in die Polizei ein-gestellt sind, Männer hingegen dürfen 5 cm länger gewachsen sein. Angeglichen an die Lebensarbeitszeitverlängerung wurden auch die Aufstiegsmöglichkeiten. Konnte in die Ausbildung zum höheren Dienst nur kommen, wer das 40. Lebensjahr noch nicht vollendet hatte, so sind es jetzt 42 Jah-re.

Der Geschäftsführende Landesvor-stand der GdP hatte deutlichgemacht, dass die Grundlage aller Stellungnahmen für Gesetze, Verordnungen, Erlasse stets von dem Ziel einer Zweigeteilten Laufbahn bestimmt wird. Er hatte seine Stellungnah-me auf diese Punkte konzentriert:

- **Aufstiegsverfahren.** Für die Polizei werden andere Aufstiegsverfahren als in anderen Verwaltungen vorgeschlagen.
- **Durchlässigkeit.** Die Durchlässigkeit der Laufbahnen ist zwar gegeben, aber gleichzeitig wird sie „gedeckelt“ (A 9/A 10).
- **Amtsbezeichnung.** Der Begriff des Kriminalmeisters taucht in der Anlage 1 zu § 3 Abs. 1 immer wieder auf.

Aufstieg

Seit nahezu zwei Jahrzehnten kämpft die Gewerkschaft der Polizei um die Ein-führung einer Zweigeteilten Laufbahn. Mit vielen Vorgängerregierungen bestand Einigkeit in dieser Zielsetzung. Erst der Koalitionsvertrag von 2005 (CDU und SPD) setzte der Idee einer zu verwirkli-chenden Zweigeteilten Laufbahn ein Ende, welches semantisch als „Aussetzen“ formuliert wurde. Die Gewerkschaft der Polizei hat stets betont, dass die Zweige-teilte Laufbahn über einen längeren Weg erreicht werden könne, wenn man sie nur wolle.

Mit der in § 12 des vorliegenden Ent-wurfes formulierten Begrenzung auf die maximal zu erreichenden Besoldungs-gruppen A 9 und A 10 kommt der Zweige-teilten Laufbahn faktisch ein Ende zu. Die Bundespolizei und die Vielzahl anderer Landespolizeien kennen eine solche Be-grenzung nicht.

Im Übrigen hat die Allgemeine Lauf-bahnverordnung (ALVO) mit ihrem § 27 Anspruchsgrundlagen für die Allgemeine Verwaltung ohne vergleichbare Eingren-zungen formuliert. Die Polizeilaufbahn-verordnung engt nicht erklärbar diesen Gestaltungsraum ein. Ob diese Absicht sich im Lichte des Vorrangs und der Bin-dung der ALVO nicht als rechtswidrig er-weisen wird, steht noch in Frage.

Norddeutsche Abstimmung

Aber auch das wurde kritisch ange-merkt: Es gibt keine norddeutsche Ab-stimmung. Waren beim Abfassen des Lan-desbeamten-gesetzes die Länder Nieder-sachsen, Bremen, Hamburg, Mecklen-burg-Vorpommern und Schleswig-Hol-stein noch dicht beieinander, so ist das beim Laufbahnrecht nicht erkennbar. Zum Beispiel bei den Einstellungs voraus-setzungen in den Polizeivollzugsdienst ist dies auffällig. Alle Länder haben un-terschiedliche Anforderungen an die Kör-pergröße. Das macht die Durchlässigkeit bei Länderwechsel schwerer.

Warum Kriminalmeister?

Und warum in der Anlage 1 zu § 3 Ab-satz 1 (hier werden die Dienstgrade der Laufbahngruppe I genannt) wieder der Kriminalmeister als zweites Einstiegsamt auftaucht, wurde von der Verwaltung mit

den Regeln des Disziplinarrechts begrün-det: Wer degradiert wird, muss ein entspre-chendes Amt vorfinden. Dieser Teil ist bei der GdP auf Wiedervorlage gelegt, denn der Zeitpunkt, dass die Kriminalpolizei nur noch aus gehobenem und höherem Dienst besteht, ist absehbar.

Fazit:

Auch wenn einige grundsätzliche Kritik der GdP an dem neuen Entwurf der neuen Laufbahnverordnung vorhanden ist, so muss man dies als generelle Kritik am Feh-len zum Willen zur Zweigeteilten Lauf-bahn bezeichnen. Dennoch bleibt grund-sätzlich festzuhalten: Wenn es lange ge-dauert hat, so unterscheidet sich der erste von dem letzten Entwurf, besonders aber von der alten Laufbahnverordnung, deut-lich: Er ist lesbarer, logisch aufgebaut, ver-zichtet auf das Wiederholen anders abge-legter Rechtsvorschriften und bleibt da un-bestimmt, wo es opportun ist. Jetzt wartet die GdP auf eine neue Ausbildungs- und Prüfungsordnung, die dem Laufbahnrecht folgt.

REGIONALGRUPPENTERMINE

Einladung!

Lübeck-Ostholstein

Adventsgottesdienst in der Jakobikirche für alle Lübecker Polizistinnen und Polizisten und alle Seniorinnen und Senioren mit anschließendem Adventskaf-fee in der Handwerkskammer Lübeck am Donnerstag, **8. Dezember 2011, ab 14.00 Uhr.** Wir wollen einen Gottes-dienst feiern, der von aktiven und pensio-nierten Polizeibeamten mitgestaltet wird. Die Predigt wird gehalten von unserer Polizeipastorin Susanne Hansen. Unter-malt wird unsere Feier von der Big-Band der Landespolizei Schleswig-Holstein. Wer nur am gemeinsamen Kaffeetrinken teilnehmen möchte, finde sich bitte ab 15.00 Uhr in der Handwerkskammer in der Breiten Straße ein.

Anmeldungen zum Kaffeetrinken bis zum 1. Dezember 2011 bitte bei Jörn Lö-wenstrom, 04 51-1 31 20 70, oder bei Hei-ner Peters, 04 51-62 19 23, sowie Oskar Scharnowski, 0 45 06-10 84, oder per Mail an: gdp-hl-oh@polizei.landsh.de



DIENSTGEBÄUDE

Endlich ein Silberstreif am Horizont

Eine Sachstandsanfrage zu den „Problemdienstgebäuden“ des 1. Polizeireviers in Lübeck und Neumünster sowie der Kieler „Blume“ richtete GdP-Landesredakteur Thomas Gründemann an Innenminister Klaus Schlie. Wegen der nicht hinnehmbaren Unterbringungssituation der Polizeidienststellen hatte es in der Vergangenheit verschiedene Bemühungen der GdP-Regionalgruppen Lübeck-Ostholstein, Kiel-Plön und Schleswig-Holstein Mitte gegeben. Nachfolgend veröffentlicht das DP-Landesjournal die amtlichen Sachstandsmeldungen des Innenministers und erste Reaktionen der GdP-Regionalgruppen:

1. Polizeirevier Lübeck

Für die Sanierung der Räumlichkeit Mengstraße in 2012 sind die planerischen Vorbereitungen abgeschlossen und die entsprechenden Mittel im Bauhaushalt des Finanzministeriums (FM) berücksichtigt. Ein Teilbereich des Reviers (Ermittlungsdienst) wird voraussichtlich Ende 2012 (je nach Baufortschritt seitens des Vermieters) in neu angemietete Räumlichkeiten in die Nachbarschaft (Alfstraße) ziehen. Damit wird zugleich der notwendige Raumbedarf gedeckt. Die erforderlichen Miet-Mittel sind ebenfalls im FM-Haushalt eingestellt. Für eine Übergangszeit von ca. 18 Monaten ist eine Unterbringung in der ehemaligen Seefahrtsschule vorgesehen. Nach Abstimmung mit den Nutzern hinsichtlich noch notwendiger Gebäudevoraussetzungen sollen noch in diesem Jahr die Mittel für die Ertüchtigung dieser Interimsunterbringung aus dem Bauhaushalt des Innenministeriums bereitgestellt werden. Anschließend können zeitgleich mit der Auslagerung die Sanierungsmaßnahmen in der Mengstraße (Dauer etwa bis III. Quartal 2013) beginnen.

„Wir sind erleichtert, dass nun offenbar den Worten Taten folgen und für die Kolleginnen und Kollegen endlich ein Silberstreif am Horizont erkennbar ist“, zeigte sich der GdP-Vorstand der Regionalgruppe Lübeck-Ostholstein zufrieden.

1. Polizeirevier Neumünster

Das 1. PR und die KPSt haben die Parkstraße geräumt und sind derzeit provisorisch in der Alemannenstraße bei der PD NMS untergebracht. Alle Schritte werden einvernehmlich und in enger Abstimmung mit der PD NMS durchgeführt. Da die Objektrecherche kein geeignetes Drittmietobjekt erbracht hat, soll – mit

Einverständnis der Nutzer und des Finanzministeriums – die künftige Unterbringung durch einen Anbau in der Alemannenstraße auf dem dortigen landeseigenen Gelände realisiert werden. Dafür sind die konkreten Raumbedarfe bzw. der Bauumfang unter gleichzeitiger Berücksichtigung von Freiflächen (Auflösung PBR NMS und Fortgang ehemaliger Einsatzleitstelle) festzustellen. Zugleich sind die Folgen der Organisationsänderung (Zusammenlegung Ermittlungsdienste KPSt/1.PR) zu berücksichtigen. Das gemeinsam mit der PD NMS erzielte Ergebnis soll im Oktober vorliegen. Der notwendige zeitliche Aufwand kann nur grob – mit einem Jahr Planung und mindestens einem Jahr Bauzeit – geschätzt werden. Die notwendigen Kosten werden im Bauhaushalt des Finanzministeriums berücksichtigt. Zufrieden mit dem „Zwischenstand“ zeigte sich Torsten Jäger, der Vorsitzende der GdP-Regionalgruppe SH Mitte. „Wir begrüßen die Entscheidung, neue Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen. Durch die Räumung des Dienstgebäudes in der Parkstraße sind die Kolleginnen und Kollegen des 1. Polizeireviers und der KPSt Neumünster jetzt zusammen mit dem VÜD, dem Stab der Polizeidirektion Neumünster und der Owi-Stelle des Landespolizeiamtes äußerst beengt untergebracht.

Durch die klare Zielvorstellung, in hoffentlich nicht zu weit entfernter Zukunft adäquat untergebracht zu sein, ist die Motivation bei allen sehr hoch, das auszuhalten. Wir als GdP gehen davon aus, dass zügig an einer neuen Unterbringungsmöglichkeit gearbeitet wird. Besonderes Augenmerk ist dabei auch auf die Beschaffung neuer Gewahrsamsräume zu legen, denn das Verbringen in Gewahrsam Genommener nach Kiel oder nach Rendsburg kostet Zeit und Personal, beides haben wir nicht mehr für diese zusätzliche Aufgabe!

Kieler Dienstgebäude „Blume“ – Blumenstraße 2-4 / Wilhelminenstraße, Kiel

Das komplette denkmalgeschützte Gebäude der Blumenstraße 2-4 wird saniert, um es langfristig für die Polizeinutzung zu erhalten. Die Sanierungskosten betragen ca. 4 bis 5 Millionen € und sind im Bauhaushalt des Finanzministeriums berücksichtigt; entsprechende Planungs-

aufträge sind von dort bereits erteilt worden.

Die während der Bau- und Sanierungszeit erforderliche Interimsunterbringung erfolgt im ehemaligen OFD-Gebäude in der Adolfstraße; die Raumbelegung und die Herrichtung hierfür sind bereits mit den Nutzern abgestimmt. Ziel ist es, nach Abschluss der Baumaßnahmen (von Mitte 2012 bis Ende 2013) die Kieler Dienststellen der Kriminalpolizei und die PD Kiel in der Blumen- und Wilhelminenstraße zentral unterzubringen und damit gleichzeitig den zusätzlichen Raumbedarf zu decken.

„Die ‚Blume‘ haben wir als GdP-Regionalgruppe Kiel-Plön seit längerer Zeit thematisiert. Immer wurde in unregelmäßigen Zeitabständen bei Verantwortlichen (GMSH und IM) nachgefragt und in Gesprächen mit Landtagsabgeordneten und der Kieler Ratsfraktion auf die unbefriedigende Situation mit dringendem Handlungsbedarf hingewiesen“, konstatierte der Vorsitzende Karl-Hermann Bruhn. „Endlich kommt jetzt Bewegung in die Angelegenheit. Wir hoffen, dass die Mitarbeiter der Kripo nach ihrem Auszug in ein Provisorium (ehemals OFD Adolfstraße) dann gemäß den zeitlichen Bauvorgaben endlich in eine sanierte und renovierte ‚Blume‘ zurückkehren können“, so „Kalle“ Bruhn.

Regionalgruppe Lübeck-Ostholstein

4. Lübecker GdP-Nachtschicht



18. November 2011
19.00 Uhr
im „Q“
Lübeck, Falkenstr. 45

reichhaltiges Buffet inkl.
ENTRITTSPREIS: 25,00 €
KARTENVORVERKAUF:
Schaubau Lübeck, Plönertor,
Plönertorstraße 4, Lübeck
sonntags 17 Uhr, 4 Uhr
gdp-luebeck-ostholstein.de
VERANSTALTER:
Gewerkschaft der Polizei
Regionalgruppe Lübeck-Ostholstein



Freuen uns über Bewegung in der Politik

Die GdP-Regionalgruppen Kiel-Plön und SH-Mitte veranstalteten im Juni eine viel beachtete Podiumsdiskussion im Schleswig-Holstein-Saal des Landtages zum Thema: „Jugendliche Intensivtäter – Ist der Staat noch handlungsfähig?“ (siehe Bericht DP 08/2011). An diesem Tag entstand im Beisein der politischen Vertreterinnen und Vertreter aller im Landtag vertretenen Parteien eine interessante, teilweise auch kontroverse Diskussion um Konzepte, die zur Lösung dieses Problems beitragen könnten. Am Ende bewerteten wir die Veranstaltung und ihr Ergebnis: Ist der Staat noch handlungsfähig? Ja, aber wir müssen sehr aufpassen, dass er es bleibt. Dazu bedarf es vieler gemeinsamer Anstrengungen und Überlegungen und einer enttabuisierten Diskussion. Es wäre fatal, wenn sich der Staat auf resignierende Polizisten verlassen müsste, es wäre fatal, wenn Polizei, Justiz, Jugendämter, Schulen und viele mehr gegenseitig mit dem Finger auf sich zeigen, und das fängt schon in der Diskussion an. Schwarz-Weiß-Denken ist nicht zielführend! Bürgerinnen und Bürger dürfen sich nicht durch Angst und Furcht leiten lassen, dazu müssen sie spüren, dass der Staat handelt und sie schützt! Ein schlechtes subjektives Sicherheitsgefühl gefährdet auf Dauer unsere tatsächliche Sicherheit und unseren Staat! Diejenigen, die sagen, „Wegschließen“ ist in der Regel kontraproduktiv, haben vielleicht genauso recht wie diejenigen, die darstellen, dass es immer wieder extreme Einzelfälle gibt, in denen eine geschlossene Heimunterbringung den Tätern und Opfern helfen könnte. Sind Bewährung, Kettenbewahrungen und Warnschussarrest tatsächlich Gegensätze oder können sie sich nicht gegenseitig ergänzen? Sind der Schutz der Gesellschaft und der Erziehungsgedanke im Jugendstrafrecht Gegensätze oder sollten sie sich nicht viel mehr gegenseitig stützen? Politik sollte den Mut haben, dieses zu erkennen. Dann wird es gelingen können, Vertrauen in unseren Staat und dessen Handlungsfähigkeit zu sichern! Fünf Tage nach der Veranstaltung veröffentlichte die CDU-Fraktion im Landtag ein Eckpunktepapier „Jugendliche Intensivtäter“. Zehn Maßnahmen für Schleswig-Holstein wurden aufgelistet und erklärt. Wir erkennen dabei einige unserer maßgeblich formulierten und diskutierten Ziele der Podiumsveranstaltung wieder, Stärkung des Opferschutzes, Verfahrensbeschleunigung und geschlossene Heimunterbringung nicht nur als Wegsperrern, sondern als Chance zu verstehen. Wir freuen

uns, dass in der Politik etwas anfängt, sich zu bewegen. Hoffentlich gibt es weitere Diskussionen, zielorientiert, ohne den politischen Kontrahenten in eine bestimmte Ecke zu stellen. Das wird sicherlich nicht einfach im kommenden Wahlkampf,

doch wir vertrauen auf Kompetenz und Sachverstand unserer politischen Gesprächspartner – als Gewerkschaft der Polizei werden wir weiter versuchen, unsere Gedanken und Überzeugungen in die Diskussion einzubringen! **Thorsten Jäger**

REGIONALGRUPPENTERMINE

Einladung!

AFB und Bereich Ostholstein
Adventskaffee für Seniorinnen und Senioren der RG AFB und des Bereiches Ostholstein der RG Lübeck-Ostholstein am **Montag, 5. Dezember 2011, 15.00 Uhr**, im Casino der PD AFB. Die persönlichen Einladungen zu dieser Veranstaltung werden noch zeitgerecht versandt.

Kiel-Plön
Skat- und Knobelabend am **Freitag, 18. November 2011, 18.00 Uhr**, Restaurant Am Posthorn, Eckernförder Straße 217, 24119 Kiel, Telefon 04 31-54 23 52. Es besteht die Möglichkeit, ab 18.00 Uhr im Restaurant Abendessen einzunehmen. Die Spiele starten gegen 19.00 Uhr. Einsatz für GdP-Mitglieder 5,00 €. Nichtmitglieder 7,00 €. Meldungen bitte an den Kollegen Michael Tietgen, PBR Kiel, Tel.: 160-15 10, E-Mail: Michael.Tietgen@polizei.landsh.de, oder Michael Strauß, 1. PR Kiel, Tel.: 1 60-11 28, E-Mail: Michael.Strauss@polizei.landsh.de

Mitgliederversammlung am **Donnerstag, 24. November 2011, 14.00 Uhr**, Restaurant Am Posthorn, Eckernförder Straße 217, 24119 Kiel, Telefon 04 31-54 23 52.

Seniorenkaffee am **Montag, 28. November 2011, 15.00 Uhr**, in der **Gaststätte Clubhaus Tannenberg**, Projensdorfer Straße 251, Kiel

Schleswig-Flensburg
Herzliche Einladung an alle GdP-Senioren Schleswig-Flensburg zu **Klön-schnack** bei Kaffee und Kuchen am **Donnerstag, 1. Dezember 2011, 16.00 Uhr**, Offizierheim Gesellschaft, Swinemünder Straße 9, Flensburg-Mürwik. Anmeldungen bitte bis zum 26. November 2011 an Günter Krappitz, Tel. 04 61-3 63 66, Telefax: 04 61-31 09 36, oder E-Mail: christ1@foni.net.

Schleswig-Holstein Mitte
Zum **Jungsenioren-Stammtisch** wird am **Donnerstag, 3. November 2011, 17.00 Uhr**, in der Gaststätte „Weberhaus“, Neu-

münster, Schlesberg 30, herzlich eingeladen. Thema: „Richtig versichert als Pensionär“ (Herr Koslowski, Vertrauensmann der Signal-Iduna/Kooperationspartner der GdP).

Kartenvorverkauf für den **31. Polizeiball** am 20. Januar 2012 in Rendsburg, Hotel ConventGarten, am **Montag, 7. November 2011, 16.00 Uhr**, beim Polizeirevier Rendsburg, Moltkestraße 9, Unterrichtsraum Erdgeschoss. Der Preis pro Karte beträgt 15,00 € (nur gegen Vorkasse).

Jahreshauptversammlung am **Donnerstag, 17. November 2011**, im Veranstaltungszentrum Kiek in, Gartenstraße 32, 24534 Neumünster. 16.00 Uhr, Jahreshauptversammlung, 18.00 bis 19.00 Uhr Diskussion bei kalt/warmem Büfett, 19.00 Uhr öffentliche Veranstaltung: Wir diskutieren mit den Spitzenkandidaten von SPD und Bündnis 90/Die Grünen Thorsten Albig und Dr. Robert Harbeck zum Thema „Was kann die Polizei bei einer Regierungsbeteiligung von SPD oder Bündnis 90/Die Grünen im Mai 2012 in Schleswig-Holstein erwarten?“

Parkmöglichkeiten stehen neben der Feuerwehr in der Wittorfer Straße zur Verfügung. Fahrtzusammenlegung bitte ggf. mit den Vertrauensleuten absprechen.

Traditionelle Adventsfeier der Seniorinnen, Senioren und Hinterbliebenen am **Dienstag, 6. Dezember 2011, 15.00 Uhr**, Gaststätte Schützenheim am Kanal, Itzehoer Chaussee 2, Westerrönfeld. Anmeldungen bitte an den Kollegen Torsten Jäger oder Carsten Gross, Tel.: 0 43 21-9 45 20 05 oder 0 43 21-9 45 20 04.

– **Seniorengruppe Neumünster** –
Adventskaffee der Seniorinnen und Senioren mit nettem „Klön-schnack“ am **Mittwoch, 7. Dezember 2011, 14.30 Uhr**, Polizeikantine Neumünster, Alemannenstraße 14 – 18. Anmeldungen bitte unbedingt bis 5. Dezember 2011 bei Lisa Grützmann, Tel.: 0 43 21-2 25 16.



Seniorentour
15. bis 22. März 2012

Unterbringung im Doppelzimmer p. P. ab
€ 979,-

Blütenzauber Madeira und Azoren

8-tägige Erlebnisreise, ab Hamburg oder Hannover, Reiseterrmin: 15. bis 22. März 2012

Madeira - Südwestlich von Lissabon gelegen, nennt man Madeira auch die Perle des Atlantiks. Steile Felsküsten, bezaubernde Buchten und üppige Vegetation - die „Blume des Atlantiks“ macht ihrem Namen alle Ehre.

Sie wohnen im Hotel Four Views Baia ★★★★★

Die Altstadt mit zahlreichen Restaurants, Bars und Einkaufsmöglichkeiten sowie der Hafen sind fußläufig zu erreichen. Das moderne Hotel verfügt über insgesamt 261 Wohneinheiten. Zu den Annehmlichkeiten gehören die Empfangshalle mit Rezeption und Sitzgelegenheiten, Lifts, Internetecke (inklusive), Restaurant „Bay View“ mit Panoramablick und „Woogie Boogie Cocktail Bar“. Die Außenanlage verfügt über einen beheizbaren Swimmingpool mit Kinderbecken, Sonnenterrasse mit Panoramablick sowie Pool-/Snackbar. **Die Zimmer** sind modern ausgestattet und verfügen über Bad oder Dusche/WC, Föhn, Telefon, Mietsafe, Sat-TV, Minibar (gegen Gebühr) und Klimaanlage.

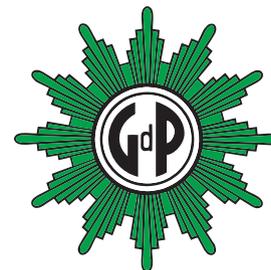
Preise Pauschalreise (Flug, Hotel, Halbpension)

Abflug von	Hamburg	oder	Hannover
Zimmerbelegung mit	2 Personen		1 Person
Preis pro Person	979,- €		1.124,- €
Verlängerungswoche	+ 375,- €		+ 520,- €

- Flüge mit Air Berlin von Hannover und mit Condor von Hamburg nach Funchal und zurück in der Economy Class, 20 kg Freigeäck
- Luftverkehrssteuer, Flugsicherheitsgebühren, Flughafensteuern, Kerosinzuschläge (Stand: 08/2011)
- Transfers und Ausflüge in bequemen landestypischen Reisebussen mit Klimaanlage
- Umfangreiches Besichtigungsprogramm (**4 Ausflüge**) unter deutschsprechender Führung gemäß Reiseverlauf inkl. Eintritt: **Stadtrundfahrt-Gang Funchal, Madeiras Westen, Madeiras Nordosten, Kaisergrab und Nonnatal**
- 7 Übernachtungen im Hotel **Four Views Baia ★★★★★**
- 7 x Frühstück, 7 x Abendessen
- Begrüßungsgetränk im Hotel
- Madeiraweinverkostung
- Korbtschlittenfahrt
- Verkostung „Ginja“ Kirschlor und den „Bolo de Mel“ Honigkuchen
- Gebeco-Informationsmaterial mit Reiseführer
- örtliche deutschsprachige Gebeco-Reiseleitung
- Reisebegleitung durch GdP-Seniorenvorstand

Veranstalter:

Gebeco GmbH & Co KG, Holzkoppelweg 19, 24118 Kiel
Mindestteilnehmer: 30 Personen



Weitere Informationen und Anmeldungen

PSW-Reisen Lübeck
Hans-Böckler-Straße 2
23560 Lübeck

Telefon 0451 / 5021736
Telefax 0451 / 5021758

psw-reisen.luebeck@t-online.de

www.psw-tours.de

Änderung, Irrtum und Zwischenverkauf bleibt vorbehalten. / Eine Erlebnisreise für die GdP-Seniorengruppen Schleswig-Holstein und Niedersachsen.

Mehrere Termine verfügbar!

Unterbringung im Doppelzimmer p. P. ab
€ 489,-

Ostern 2012 im Königlichen Madrid

5-tägige Städtereise ab / bis Hamburg zu verschiedenen Terminen* im April 2012

Fotos: Turespana

Ihr Hotel Rafael Ventas***

Ihr Hotel befindet sich in der belebten Geschäftsstrasse Alcalá. Das Hotel hat eine besondere Dekoration, die aus einer Sammlung malerischer Werke besteht. Alle Zimmer sind ausgestattet mit Klimaanlage, Safe, Minibar, Room-Service, TV+Satelliten-Kabelanschluss, Föhn.

Reiseverlauf: 1. Tag: Hamburg – Madrid / Flug von Hamburg nach Madrid, Transfer zu Ihrem Hotel Rafael Ventas. **2. Tag: Halbtägiger Altstadt Rundgang Madrid** (fakultativ) Der Spaziergang führt durch das urige Madrid des 16. Jh. mit seinen verwinkelten Gassen und größtenteils unter Denkmalschutz stehenden Gebäuden. **3. Tag: Halbtägiger Ausflug zum Monasterio El Escorial** (fakultativ) / In 50 km Entfernung von Madrid erhebt sich auf der südlichen Seite des Guadarrama Gebirges das Monasterio de El Escorial, Denkmal und Symbol der Zeit Philipp II. **4. Tag: Ganztagesausflug nach Toledo und Aranjuez** (fakultativ) / Sie fahren Richtung Süden, in die mittelalterliche Stadt Toledo. Auf der Rückfahrt Stopp in Aranjuez, ein Städtchen 50 km südlich von Madrid, das in den fruchtbaren Tälern von Rio Tajo und Rio Jarama liegt. **5. Tag: Rückflug nach Hamburg** / Transfer zum Flughafen und Rückflug nach Deutschland.

Irrtum und Zwischenverkauf bleibt vorbehalten. Mindestteilnehmerzahl pro Termin 25 Personen. **Veranstalter:** DERTOUR GmbH, 60424 Frankfurt/M. Es gelten die Reisebedingungen von Dertour.

Inkludierte Leistungen:

- Linienflug mit Lufthansa in der Economy Class von Hamburg nach Madrid und zurück
- Transfers inkl. Gepäckbeförderung
- Flughafensteuern und Gebühren (Stand: 5/2011)
- ÖPNV-Coupon
- 4 Nächte mit Frühstück im *** Hotel Rafael Ventas im Zentrum Madrids
- örtliche, deutsch sprechende Reiseleitung
- Informationsmaterial und Reiseführer
- Insolvenzversicherung
- PSW-Reisebegleitung

Ausflugspaket

- Stadtrundgang Madrid, halbtägig
- El Escorial, halbtägig inkl. Eintritt
- Toledo und Aranjuez, ganztägig inkl. Eintritt

Städtereise ab / bis Hamburg pro Person ab

Im Doppelzimmer pro Person	489,- Euro
Einzelzimmerzuschlag	160,- Euro
Ausflugspaket (fakultativ)	149,- Euro

* **PSW-Reisetermine 2012:** 03. - 07. April (Di bis Sa), 05. - 09. April (Do bis Mo), 07. - 11. April (Sa bis Mi)

PSW-Reisen

Schleswig-Holstein GmbH

Weitere Informationen und Anmeldungen

PSW-Reisen Kiel
Max-Giese-Straße 22
24116 Kiel
Telefon 0431 - 17093
Telefax 0431 - 17092
psw-reisen.kiel@t-online.de

PSW-Reisen Lübeck
Hans-Böckler-Straße 2
23560 Lübeck
Telefon 0451 - 5021736
Telefax 0451 - 5021758
psw-reisen.luebeck@t-online.de

www.psw-tours.de



Und was sonst noch so war

19. September

Am Morgen erreicht mich ein Anruf eines langjährigen Mitgliedes. Der Kollege ist verunsichert, weil er Nachrichten über Pensionskürzungen gehört hatte. Sein Anliegen war, Möglichkeiten für eine zusätzliche private Absicherung zu finden. Ich wies ihn auf die seit Jahren eingeführte GdP-Rente hin. Auch Beamte können nämlich „riestern“. Um in den Genuss der vollen staatlichen Zulagen zu kommen, soll ein Mindestbeitrag für die private Vorsorge eingebracht werden. Dieser orientiert sich am Vorjahreseinkommen und sollte etwa 4% betragen. Bis zum Pensionseintritt werden die persönlichen Beiträge und die staatlichen Zulagen gemeinsam mit den Zinsen angesammelt. Näheres zur GdP-Rente bei der SIGNAL-IDUNA, Stefan Schirrmacher, Tel.: 01 77/4 22 50 27, und Lars Koslowski, Tel.: 04 31-18 08 21.

20. September

In meinem Büro sitzen Thorsten Schwarzstock und Dr. Reinhard Spieß vom Personalrat in der JVA Kiel. Es geht um das Thema „Freistellung“. Die JVA hat nicht ganz so viele Beschäftigte, wie für die erste Freistellung notwendig sind. Dafür ist aber eine Außenstelle in Rendsburg (Abschiebehaft) der JVA Kiel zugehörig. Ein Antrag auf Teilfreistellung wurde negativ beschieden. Mit den Kollegen beraten wir, was jetzt zu tun sei. Wahrscheinlich wird ein Weg zum Verwaltungsgericht unausweichlich bleiben.

21. September

Letzter Tag des diesjährigen Seniorenseminars in Bad Malente. Ich bin gebeten worden, Aktuelles zu dem Rechtsstreit um den neuen Selbstbehalt in der Beihilfe zu referieren. Als ein Aspekt in der Klage haben wir die Entwicklung der Versorgung von 2002 bis 2011 nachvollzogen (Alimentation). Unter Einrechnung aller linearer Erhöhungen und Einmalzahlungen sind wir anhand des Verbraucherpreisindex bei einem Minus von 5,2% angekommen. Dabei sind nicht einmal die strukturellen Verschlechterungen, die das Absinken des Versorgungsniveaus von 75, auf 71,75%, der Verlust der Ruhegehaltfähigkeit der Polizeizulage und weiterer Verschlechterungen eingerechnet.

22. September

Heute ist Sitzung des Landesfachausschusses Kripo. Kai Richter eröffnet die Sitzung und dankt zunächst Frank Gottwald für seine Arbeit als Stellvertreter der Vorsitzender und gratuliert dann Kerstin Arnoldi zur Vermählung. In der heutigen Sitzung geht es unter anderem um das Thema „ED-Behandlungen“. Im Bundesvergleich belegt Schleswig-Holstein seit Jahren den letzten Platz bei den erkennungsdienstlichen Behandlungen und der Einstellung von Profilen in die DAD. Eine Auswertung erbrachte, dass in 703 überprüften Fällen bei vorliegenden Voraussetzungen 68% der Tatverdächtigen nicht erkennungsdienstlich behandelt wurden.

Es erfolgte eine längere Diskussion über die Gründe:

Rechtliche Defizite bei den Kollegen
Eddi-Berechtigungen
Arbeitsbelastungen und Entfernungen zu ED-Standorten

Der Landesfachausschuss Kripo wird sich in seiner folgenden Sitzung weiter mit dem Thema beschäftigen. Es wird ein Positionspapier erarbeitet.

23. September

Eine Kleine Anfrage des SSW (17/1794) brachte es zutage: In Schleswig-Holstein sind 232 270 Waffen registriert und das bei 74 148 Waffenbesitzern. Obwohl die Zahlen von 2009 stammen, ist das Ergebnis erschreckend. Darüber hinaus dürfte die Dunkelziffer der nicht registrierten Waffen sehr hoch sein. Auf die Frage, ob die zuständigen Kreise und kreisfreien Städte genügend vermutete und unvermutete Kontrollen bei Waffenbesitzern durchführen, wies die Regierung auf „systematische Überprüfungen hin, die intensiviert würden“. Allerdings konnte eine Meldung des Kreises Plön diese Auskunft nicht untermauern. Nach Ansicht der GdP sind elf Stichproben bei 4832 im Kreis Plön registrierten Waffenbesitzern wie ein Tropfen auf dem heißen Stein. Positiv zu vermerken ist, dass bis zum 31. Dezember 2012 ein Nationales Waffenregister (NWR) errichtet sein soll. Darin ist vorgesehen, dass die Polizeien des Bundes und der Länder Zugriff auf das NWR erhalten sollen. Die Landesregierung unterstützt dies. So können Polizeieinsätze ein wenig sicherer werden.

26. September

Der Landesbezirk Berlin fordert neue Einsatzhelme für die Polizei. Anlässlich einer Demonstration während des Papstbesuches am Donnerstag, 22. September 2011, wurde eine Bremer Polizeibeamtin durch den Wurf von Pyrotechnik verletzt und in ein Krankenhaus gebracht. Gegen 21.00 Uhr wurde weiterhin von Veranstaltungsteilnehmern Pyrotechnik auf Polizisten geworfen. Vor diesem Hintergrund hat der Landesbezirksvorsitzende der GdP Berlin neue Einsatzhelme mit einem integrierten aktiven Gehörschutz für die Polizei gefordert. „Aufgrund der Sicherheitslage bei Demonstrationen in Berlin dürfte das nicht ‚am Geld‘ scheitern“, so der Gewerkschaftsvorsitzende. Vom 27. August bis 22. September 2011 wurden nur bei der Berliner Bereitschaftspolizei sieben Polizistinnen und Polizisten durch Laserpointer an den Augen (Augenreizungen und -verletzungen) verletzt. Seit dem 1. Mai 2011 38 durch Würfe mit Pyrotechnik. Davon mussten sieben Beamtinnen und Beamte ambulant, einer stationär behandelt werden, fünf ihren Dienst beenden und ein 54-jähriger Beamter wird voraussichtlich polizeidienstunfähig pensioniert.

5. Oktober

Heute schreibt der GdP-Landesvorsitzende Oliver Malchow an Ministerpräsident Carstensen:

„Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, trotz anderslautender Zusagen wurde im Jahre 2007 die Sonderzahlung für Schleswig-Holsteins Beamtinnen und Beamte ganz gestrichen bzw. erheblich gekürzt.

Nun erreichen uns Nachrichten, dass Bundesbeamte, Soldaten und Richter im Bundesdienst wieder mit einer Sonderzahlung rechnen können; die bisherigen Kürzungsbeschlüsse sollen zum 1. Januar 2012 wieder rückgängig gemacht werden.

Die Art und Weise der damaligen Streichungen und Kürzungen in Schleswig-Holstein ist unvergessen. Jetzt bietet sich ein guter Zeitpunkt, die damaligen Fehler zu bereinigen!

Lassen Sie auch die schleswig-holsteinischen Beamtinnen und Beamten wieder in den Genuss von Sonderzahlungen kommen – der Bund macht es vor.“

